

Mietspiegel nicht als Waffe gegen Hartz-IV-Betroffene einsetzen!

☛ Seite 4

Klagesmarkt muss als Freiraum und Veranstaltungsort erhalten bleiben!

☛ Seite 7

CDU will öffentlichen Alkoholkonsum in der Innenstadt verbieten.

☛ Seite 5

Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

DIE LINKE.

Fraaktionen in der Region Hannover

AUSGABE 01|2011

Liebe Leserin, lieber Leser,



mit der neuen Ausgabe des Roten Fadens informieren wir Sie aus linker Sicht über aktuelle Entwicklungen und politische Entschei-

dungen in der Region Hannover. Bundespolitisch standen die vergangenen Wochen unter dem Eindruck der atomaren Katastrophe im japanischen Fukushima. Aber auch die Region und die Stadt Hannover geht das etwas an, denn das Atomkraftwerk Grohnde liegt nur wenig mehr als 40 Kilometer von der Landeshauptstadt entfernt. Im Falle einer atomaren Katastrophe, beispielsweise durch einen Flugzeugabsturz, wären also auch wir möglicherweise von einem radioaktiven Fallout betroffen. DIE LINKE in der Region Hannover spricht sich deshalb eindeutig für das Abschalten des Atomkraftwerkes in Grohnde und für eine sozial verträgliche Energiewende aus.

Am 11. September stehen in diesem Jahr die Kommunalwahlen an, dann blickt DIE LINKE auf fünf Jahre erfolgreiche Kommunalpolitik in der Region zurück. Oft waren wir die einzige Opposition gegen eine gleichgeschaltete Politik von Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Das gilt nicht nur für die soziale Frage, die nach wie vor im Zentrum unserer Politik steht. Das gilt auch für Entscheidungen, die Hannovers bauliche Zukunft und die Verfügbarkeit des Öffentlichen Raums betreffen. Als einzige hat die Linksfraktion im Rat gegen die Neuerrichtung des Herrenhäuser Schlosses gestimmt. Als einzige Fraktion ist sie auch gegen die Bebauung des Klagesmarktes, der den Hannoveranern und Hannoveranern seit Jahrhunderten für Veranstaltungen und Kundgebungen zur Verfügung steht. Näheres dazu lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Ihr Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender im Rat

DER BETRIEB DES NEUEN SCHLOSSES IN HERRENHAUSEN KOMMT TEURER ALS GEPLANT

Eigentlich hatte es ganz gut geklungen: Die VW-Stiftung schenkt der Stadt den Nachbau des alten Herrenhäuser Schlosses. „Wir haben gar nichts dazu bezahlt“, machten die Ratspolitiker von Rot-Grün und Schwarz-Gelb den Hannoveranern und Hannoveranern zunächst vor.

■ Doch die Rechnung wurde teurer als erwartet. Denn in den beiden Flügeln des nachgemachten Schlosses soll ein Museum mit Ausstellungsstücken zu Leben und Werk von Gottfried Wilhelm Leibniz eingerichtet werden. Allein der Ausbau der Flügel kostet die Stadt Hannover eine Million Euro, eine weitere Million steuert das Land bei. Dazu kommen 762.000 Euro Betriebskosten pro Jahr für Miete, Nebenkosten und Personal. Das ist weit mehr als zunächst geplant. Ursprünglich hatte das Kulturdezernat den Anteil allein für die Personalkosten mit 140.000 Euro angegeben. Eine happige Fehlkalkulation, denn die Personalkosten sollen jetzt 470.000 Euro im Jahr betragen. Und so hat man einfach die geschätzte Besucherzahl auf 98.000 Personen im Jahr hochgesetzt, damit die Stadt mit dem Museum keine roten Zahlen schreibt. Ausreichend begründet wird diese Zahl allerdings nicht, deshalb bezeichnet der linke Ratsherr Oliver Förste das als „Schönrechnerei“. Er erinnert daran, dass DIE LINKE von Anfang an gegen den Neubau eines alten Schlosses gestimmt hat und sieht sich jetzt bestätigt: „Eigentlich heißt das alte Sprichwort: ‚Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul‘. Jetzt aber stellt sich heraus, dass man dies besser doch getan hätte; denn der Gaul ist ziemlich krank. Wenn die Stadt jetzt nicht die teure Rechnung für den Tierarzt bezahlt, hat sie

ein lahmes Pferd erworben.“ Schließlich musste die Stadt auch noch feststellen, dass für die Verbindung der beiden Museumsflügel ein unterirdischer Verbindungsgang notwendig ist, weil der Mittelteil des Schlosses meist von Veranstaltungen



Abbildung des alten Herrenhäuser Schlosses

der VW-Stiftung belegt ist. Die dafür notwendigen 1,25 Millionen Euro spendet jetzt der Verband der Niedersächsischen Metallarbeitgeber. Dazu Oliver Förste: „Die Sponsoring-Tätigkeit des Metall-Arbeitgeberverbandes halte ich für äußerst problematisch. Die Städte und Landkreise haben immer weniger Geld für kulturelle und historische Aufgaben zur Verfügung. Wenn private Sponsoren einspringen, werden die Kommunen abhängig von diesen ‚guten Gaben‘, und dann bestimmen wenige reiche Geldgeber, was in der Stadt passiert.“ Überhaupt wendet sich die Linksfraktion im Rat gegen eine Symbolik der „Geschichte von oben“, wie sie mit einem feudalen Adelsschloss wieder hergestellt werden soll.



Da das neue Schloss den Haupteingang versperrt, sollen die Gäste durch die alten Nebeneingänge eingelassen werden.

AKTIONEN ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Auch in diesem Jahr hat DIE LINKE mit unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungen an das 100-jährige Jubiläum des internationalen Frauentages erinnert. Zur Tradition im Herzen Hannovers hat sich das jährliche Verteilen



Reißender Absatz - Nelken auf dem Weltfrauentag

von Blumen und einer Gratulationskarte an Passantinnen entwickelt. Wir erhielten viel Zuspruch und Dank. Die Frauen betonten in

Gesprächen immer wieder, wie wichtig es besonders in der heutigen Zeit sei, sich für die Frauenrechte einzusetzen. Noch immer liegen zwischen der Lebensrealität von Frauen und der öffentlichen Darstellung in den Medien Welten. Besonders Frauen sind von prekären Arbeitsverhältnissen und Entlas-

sungen betroffen oder bedroht. Auf Bundesebene verhindert Familienministerin Kristina Schröder (CDU) weiterhin eine Frauenquote in der Wirtschaft und zieht sich auf eine Selbstverpflichtung zurück. Hilfreich wäre ein Blick in unsere Nachbarländer, um zu sehen, wie Frauen und auch Männer unterstützt werden können, um beispielsweise Zeit für Ihre Kinder und die Pflege von Angehörigen zu haben.

Große Aufgaben liegen noch vor uns. Lasst uns gemeinsam in den kommenden Jahren für eine linke feministische Politik streiten, damit wir nicht weitere hundert Jahre warten müssen, um gleiche Rechte, nicht nur auf dem Papier, beanspruchen zu können.

WEITERHIN KEINE GANZTAGSSCHULE AM LINDENER MARKT

Auch in diesem Jahr geht die Grundschule am Lindener Markt bei der Einrichtung weiterer Ganztagschulen in Hannover leer aus. Schon im Jahr 2009 hatte die Schule erfolglos versucht, Ganztagschule zu werden. Doch obwohl Lehrpersonal und Eltern in dieser Frage an einem Strang ziehen, sperrt sich die Stadt weiter gegen die Einrichtung. Dabei ist der Grund für die ablehnende Haltung in der Schulverwaltung aus Sicht des LINKEN Ratscherrn Ludwig List nicht nachvollziehbar: „Dass für eine Ganztagschule eine Mensa benötigt wird, dürfte jedem einleuchten.

Warum diese jedoch nicht einfach auf der anderen Straßenseite eingerichtet werden kann, erschließt sich mir nicht.“ Auf dem Schulgelände der Grundschule am Lindener Markt ist nach Ansicht der Stadtschulverwaltung kein Platz mehr für einen Mensabau, der jedoch zwingende Voraussetzung für die Einrichtung einer Ganztagschule ist. Doch auf den durchaus sinnvollen Vorschlag, einfach ein Nachbargebäude als Mensa zu nutzen, stieß zumindest in der Ratsversammlung bei SPD und Grünen auf Ablehnung – obwohl beide Parteien im Stadtbezirksrat Linden-Limmer

eigentlich genau das beantragt hatten. „Ich kann an dieser Stelle weder das wechselhafte Verhalten von Rot-Grün noch die Hinhaltenaktik der Stadtverwaltung verstehen“, sagt LINKEN-Bezirksratscherr Stefan Grenner. „Bis die Ganztagschule endlich eingerichtet ist, sind die Kinder längst nicht mehr auf dieser Schule. Das ist alles andere als bürgerfreundlich.“ DIE LINKE wird sich auch weiterhin für eine schnelle und unbürokratische Lösung einsetzen.

SCHULWEG MUSS SICHER BLEIBEN!



Stefan Grenner

Nach einem Beschluss des Stadtrates wird die Albert-Schweitzer-Grundschule in der Fröbelstraße in Hannover-Linden ihre Pforten schließen. Die Schüler/innen sollen in Zukunft die Fösseschule in der Liepmanstraße in Limmer besuchen. Dadurch verlängert sich für die Schüler/innen aus Linden der Weg zur Schule erheblich. LINKEN-Bezirksratscherr Ste-

fan Grenner ist grundsätzlich mit dem Umzug einverstanden, sorgt sich aber vor allem in der dunklen Jahreszeit um die Sicherheit des Schulweges – denn dieser unterquert den Westschnellweg und führt auch durch bewaldetes Gebiet. Grenner hat im Bezirksrat Linden-Limmer deshalb Schülerlotsen angefordert und möchte, dass der Schulweg in der Dämmerung und bei Dunkelheit beleuchtet wird. „Schüler und Lehrer müssen sich sicher fühlen“, betont er. Die Verwaltung zeigt sich aufgeschlossen, weiß aber nicht, ob seine Forderungen am Geld scheitern werden, das der

Rat der Stadt dafür geben muss.

Derzeit wird die Fösseschule für den erweiterten Schulbetrieb umgebaut, die Investitionskosten liegen bei rund 3,7 Millionen Euro. Der linke Bezirksratscherr möchte den Umbau nutzen, um auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installieren zu lassen. Die Verwaltung sieht das kritisch und meint, der Ökostrom rechne sich nicht. Nicht nur wegen der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima verspricht Stefan Grenner, auch bei diesem Thema am Ball zu bleiben.

MIETSPIEGEL NICHT ALS WAFFE GEGEN HARTZ-IV-BETROFFENE EINSETZEN!

Als einzige Fraktion hat DIE LINKE in der Regionsversammlung die neu festgesetzten Mietobergrenzen für Hartz-IV-Betroffene abgelehnt. Mit dem Beschluss der Regionsversammlung vom 12. April ist die Befürchtung Wahrheit geworden, die DIE LINKE schon bei der Verabschiedung des Auftrages für einen erstmaligen qualitativen Mietspiegel für die gesamte Region Hannover geäußert hatte: Es geht beim Mietspiegel nicht um MieterInnenrechte, sondern allein um Kostenersparnisse zu Lasten der Menschen, die von einer Bezuschussung ihrer Mietkosten durch die Jobcenter in der Region Hannover abhängig sind.

Um dies zu verstehen, muss man einen Blick in die Hartz-IV-Gesetzgebung werfen: Die Mietkosten der Bedarfsgemeinschaften, die sogenannten Kosten der Unterkunft, tragen allein die Kommunen. Die anderen Kosten übernimmt zum großen Teil oder zumindest anteilig der Bund. Wenn nun jemand eine kleinere Beschäftigung annimmt und weiterhin anteilig Hartz IV bezieht, bekommt zuerst der Bund sein Geld zurück, die Kommunen zahlen aber bis zum Schluss weiter. Auch

deshalb sind die Kosten der Unterkunft ein immer größer werdender Ausgabenposten der Städte und Landkreise. Hunderte Millionen Euro zahlt etwa die Region Hannover jedes Jahr allein für die Unterkunftskosten. Hartz IV ist deshalb auch ein Angriff auf die kommunalen Haushalte.

Für die Mietkosten von Hartz-IV-Betroffenen in der Region Hannover galten bisher Richtwerte, aber keine festen Mietobergrenzen. Das lag daran, dass in der Region Hannover kein qualifizierter Mietspiegel vorlag. Dadurch konnten Hartz-IV-Betroffene, denen die Jobcenter die Miete kürzen wollten, vor den Sozialgerichten gegen die Bescheide meist erfolgreich klagen. Dies hat dazu geführt, dass es bei weitem nicht zu so einer großen Zahl von Zwangsumzügen kam, wie von den Jobcentern beabsichtigt.

Vor zwei Jahren hatte die Regionsversammlung einen Mietspiegel in Auftrag gegeben. Jetzt wurden die seit 2010 vorliegenden Ergebnisse zu einer Beschlussvorlage zu den neuen Mietobergrenzen verarbeitet. Danach sind überall Kürzungen geplant. Allein in

Hannover sinken die Mietobergrenzen in jeder Wohnungskategorie um 50 Euro. Nach Einschätzung von Experten leben knapp 20 Prozent der Hartz-IV-Betroffenen in Wohnungen, die über dieser Mietobergrenze liegen. Der Beschluss sieht zwar vor, dass es einen grundsätzlichen Bestandschutz für die zurzeit Betroffenen gibt. Ob sich diese Regelung rechtlich durchhalten lässt, ist aber fraglich. Außerdem kommt es regelmäßig vor, dass Arbeitslose kurzfristig eine Beschäftigung annehmen und für ein bis zwei Monate aus Hartz IV rausgehen. Danach sind sie sogenannte Neufälle.

DIE LINKE ist auch der Meinung, dass die großen Wohnungsgesellschaften und privaten Vermieter nicht auf Kosten der Jobcenter durch erhöhte Mieten Millionen verdienen dürfen. Die Antwort kann nicht darin bestehen, massiven Druck auf die Arbeitslosen auszuüben. Woher sollen sie denn die zusätzlichen Euros nehmen, um in ihren Wohnungen zu bleiben? Es wird stattdessen Zeit, endlich wieder ein soziales Wohnungsbauprogramm aufzulegen.

BUS- UND BAHNTICKETS WIEDER TEURER: FAHRGÄSTE UND BESCHÄFTIGTE ZAHLEN DIE ZECHE

Alljährlich steigen die Fahrpreise. Für nächstes Jahr sind durchschnittlich 2,43 Prozent Erhöhung geplant. SPD und Grüne stimmten dem Vorschlag des Verkehrsverbundes Großraum-Verkehr Hannover (GVH), in dem die Verkehrsunternehmen zusammengeschlossen sind, zu.

■ Dabei wäre eine Zustimmung gar nicht nötig gewesen. GVH und Region Hannover schlossen einen Vertrag, der es dem GVH ohne Zustimmung der Region erlaubt, die Fahrpreise im Rahmen der Inflationsrate plus 1 Prozent zu erhöhen. Dies hatte DIE LINKE als einzige Fraktion abgelehnt. Der Vertrag läuft in der kommenden Wahlperiode aus. Die LINKE will diese Klausel aus dem Vertrag streichen.

SPD und Grüne wiesen ihre Vertreter im Aufsichtsrat der RegioBus an, der Fahrpreissteigerung zuzustimmen. Die CDU lehnte diese Erhöhung ab, hat aber in der Vergangenheit schon häufiger Erhöhungen zugestimmt. Nur die LINKE lehnt die regelmäßig steigenden

Fahrpreise für Busse und Bahnen seit Regionsgründung konsequent ab und brandmarkt diese Preisspirale als umwelt- und klimapolitisch falsches Signal. Außerdem gebe es immer noch kein echtes monatliches Sozialticket, kritisiert die Linksfraktion

in der Regionsversammlung. Gerade Geringverdienende und AufstockerInnen, die teilweise voll berufstätig sind, haben vom derzeitigen „Sozial-Ticket“ keinen Nutzen, weil es nur als Tagesticket erhältlich ist. Diese Grup-

pen treffen die Preissteigerungen, genauso wie SchülerInnen der Sekundarstufe II und Azubis, besonders hart.

Die LINKE hält die Erhöhung auch für unnötig, weil die Einnahmen der vergangenen Jahre durch neu hinzugewonnene Fahrgä-

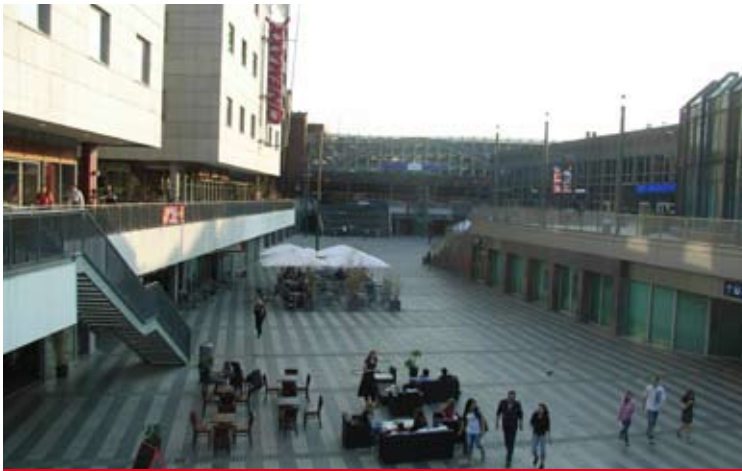
ste stets über den Planungen lagen. Dem Argument, dass mit den Fahrpreissteigerungen Lohnerhöhungen finanziert werden müssten, widerspricht die Linksfraktion. Die Einkommenszuwächse für die Beschäftigten fallen dieses Jahr nur rund halb so hoch wie die Fahrpreissteigerungen aus. Außerdem haben die Verkehrsunternehmen in den vergangenen Jahren die Zahl der Beschäftigten verringert, und neu eingestellte MitarbeiterInnen erhalten teilweise rund ein Viertel weniger Gehalt als früher.



Hier wird abkassiert

CDU WILL ÖFFENTLICHEN ALKOHOLKONSUM IN INNENSTADT VERBIETEN

Die CDU im Stadtbezirksrat Mitte will sich für ein Alkoholverbot in der Innenstadt stark machen, wie vorab aus den Reihen der Bezirksratspolitiker durchsickerte. Es geht vor allem um den Raschplatz, da die große Freitreppe ein beliebter Treffpunkt für Komasaufer/innen geworden ist. Genau das hatte die linke Bezirksratsfrau Petra Beimes schon vor Jahren kommen sehen und stimmte deshalb seinerzeit gegen den Bau dieser Treppe. Jetzt aber den öffentlichen Alkoholkonsum in der Innenstadt generell zu verbieten, das geht Petra Beimes dann doch zu weit. Schließlich ist der Konsum von Genussmitteln für viele Menschen ein Stück Lebens-



Der Raschplatz am frühen Abend

qualität. Es muss ja nicht immer gleich in ein öffentliches Saufgelage ausarten. Beimes erwähnt in diesem Zusammenhang das Londoner Modell. In London haben sich die

Stadtfrauen und -väter eine alkoholregistrierte Zone einfallen lassen, in der der öffentliche Konsum erlaubt ist. Wenn aber der Alkoholkonsum überhand nimmt, weil sich

etwa die Konsument(inn)en nicht mehr unter Kontrolle haben, gibt es eine Mahnung von der Polizei. Im Zweifel müssen die betroffenen Zecher/innen ihre alkoholischen Getränke abgeben. Werden sie später beim Weitertrinken erwischt, hagelt es ein Bußgeld. Eine ähnliche Regelung kann sich die linke Bezirksratsfrau auch für die hannoversche Innenstadt vorstellen: „Ich finde einen solchen Mittelweg besser, um das Komasaufen auf dem Raschplatz anzugehen.“

KINDERGARTEN- UND KRIPPEN-GEBÜHREN STEIGEN DEUTLICH Burgdorfer Eltern dürfen auch mehr Essensgeld berappen

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Burgdorf hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die Kindergartengebühren in zwei Schritten deutlich anzuheben. Nur LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann, der auch Bürgermeisterkandidat bei der nahenden Kommunalwahl ist, stimmte dagegen. Gleichzeitig soll das Essensgeld von bisher 40 Euro auf 45 Euro monatlich steigen. Grund dafür sind nicht etwa gestiegene Beschaffungs- oder Personalkosten, sondern eine gähnende Leere in den Stadtkassen.

Diese sollen die Bürgerinnen und Bürger nun mit steigenden Kindergartengebühren wieder etwas auffüllen. Dieses Jahr erhöhen sich die Gebühren in den Kindertagesstätten (Kitas) und Horten zum 1. August um drei Prozent und ein Jahr später noch einmal um zwei Prozent. Dadurch steigt in der höchsten Stufe der nach Einkommen und Betreuungszeit ausgerichteten Gebührenstaffel der monatliche Gebührensatz von derzeit 185 Euro um sechs Euro und ein Jahr später noch einmal um vier Euro. In den übrigen Gebüh-

Krippenplätze. In der höchsten Gebührenstufe von 303 Euro erhöhen sich die monatlichen Beiträge in diesem und im nächsten Jahr um insgesamt 15 Euro auf dann 318 Euro. In der niedrigsten Gebührenstufe von derzeit 243 Euro monatlich werden insgesamt 12 Euro mehr fällig. „Sollte DIE LINKE im Rat nach der nächsten Wahl ein Wörtchen mitzureden haben, werden wir gegen diese unsoziale Politik vorgehen“, kündigt Michael Fleischmann an.

renstaffeln und damit auch in der niedrigsten Gebührenstufe von bisher monatlich 136 Euro müssen die Eltern ab August zunächst fünf Euro mehr berappen. Ein Jahr später kommen noch einmal drei Euro dazu.

Erste Eltern haben sich schon über die Erhöhungen beschwert, auch, weil das Essen schlechter geworden ist. Die gelieferten Mengen passten nicht zur Zahl der Kinder, und die geschmackliche Qualität habe sich verschlechtert, berichtet Uwe Schröder aus der Burgdorfer Südstadt. Seine 10-jährige Tochter besucht die Kita Südsterne in der Brahmstraße. Schröder beklagt, dass nicht selten wichtige Essensbestandteile fehlten wie etwa die Tomatensoße zu den Nudeln. In einem Fall habe das Personal sogar Brötchen besorgen müssen, damit überhaupt etwas zu Essen da gewesen sei, weil der Lieferant nichts geliefert habe.

Deutlich teurer werden auch die



SCHAULAUFE IM BEZIRKSRAT DÖHREN-WÜLFEL

Die nahende Kommunalwahl wirft ihre Schatten voraus. Im Stadtbezirksrat Döhren-Wülfel waren sich bis auf LINKEN-Ratherr Manfred Milkereit alle anderen Politiker/innen nicht zu schade, millionenschwere Änderungsanträge zum städtischen Haushalt zu stellen – wohl wissend, dass die Anträge abgelehnt werden. Milkereit enthielt sich bei diesem Schaulaufen und mahnt eine glaubwürdige Politik an. Gleichzeitig appelliert er an Oberbürgermeister Stephan Weil (SPD), endlich sein Versprechen nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Bezirksräte einzulösen. Auch dieses Mal liegt im Rat der Stadt wieder die Vorlage der Verwaltung auf dem Tisch, nach der alle Änderungsanträge aus den Bezirksräten abzulehnen sind – dumm gelaufen und peinlich für örtlichen

Kommunalpolitiker/innen aus dem Stadtbezirksrat. „Sie haben sich mit ihren 17 Änderungsanträgen zu nicht ernst zu nehmenden Hampelmännern gemacht“, betont Manfred Milkereit. Zehn dieser Anträge brachte die CDU ein, sieben kommen von der SPD.

Etliche Wünsche wären im Falle einer Umsetzung mit größeren Ausgaben verbunden gewesen. „Die Wünsche sind mit Sicherheit berechtigt, die unterschreibe ich sofort“, sagt Manfred Milkereit. „Doch was bringt es, wenn die Ratsmitglieder derselben Parteien im Rat der Stadt danach alles ablehnen und dies keine Wünsche der Bürger sind?“ Stattdessen befürwortet er die Einführung von Bürgerhaushalten in Stadt und Region: „Dies ist ein Mittel zu mehr direkter Demokratie,

weil die Bürger dann selbst entscheiden können, was sich vor ihrer Haustür ändert“, betont der linke Bezirksratsherr.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass der Bezirksrat in der Stadtpolitik quasi nichts entscheiden darf, ist der Streit um die geplante Wasserkraftanlage Döhrener Wolle. Der Bezirksrat lehnte die Anlage ab, aber der Stadtrat möchte sie und setzte für das Projekt einen „Nachbarschaftstreff“ ein. „Wo sind die Ratsleute eigentlich?“, fragt Manfred Milkereit. „Kein einziger hat sich hier blicken lassen.“ Er beklagt das Diktat von oben: „Schönen Dank dafür, Herr Weil.“

CARLO-SCHMID-ALLEE ERHÄLT AMPEL Endlich Sicherheit für Fußgänger

DIE LINKE im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt kann sich über einen kleinen Achtungserfolg freuen: Am Ende einer jahrelangen Diskussion und nach zwei tödlichen Verkehrsunfällen hat die Verwaltung der Stadt nun doch beschlossen, an der Carlo-Schmid-Allee/Ecke Davenstedter Markt eine Fußgängerampel zu installieren. „Ich freue mich natürlich über diese aus meiner Sicht vollkommen richtige Entscheidung“, sagt LINKEN-Bezirksratsherr Siegfried Seidel. „Ich war immer der Ansicht, dass eine Bedarfsampel die einzig vernünftige Lösung ist, damit Fußgänger die Carlo-Schmid-Allee

an dieser Stelle sicher überqueren können. Dass es dafür allerdings einer fast vierjährigen Diskussion bedurfte, ist schon sehr bedenklich.“

Schon vor vier Jahren hatte Seidel zum ersten Mal den Bau einer Lichtsignalanlage beantragt. Die Mehrheit des Bezirkrates wie auch die Verwaltung hatten diese jedoch als unnötig abgelehnt. Selbst die vom Bezirksrat beschlossene Einrichtung eines Zebrastreifens hielt die Verwaltung für überflüssig. Nach dem zweiten tödlichen Unfall im vergangenen Jahr sah sich der linke Be-

zirkratsherr in seiner Auffassung bestätigt und erneuerte seine Forderung. Wieder scheiterte er an den Mehrheiten, dieses Mal sollte ein Blitzer Abhilfe schaffen. Diesem Bezirksratsbeschluss ist die Verwaltung jetzt aber nicht gefolgt und hat sich für Seidels Lösung entschieden. „Bei aller Freude bleibt doch ein leichter Beigeschmack, wenn man sich anschaut, auf welchem Wege diese Entscheidung zustande gekommen ist“, so Seidel. „Die beiden Todesfälle wären vermeidbar gewesen, wenn die Verwaltung sofort gehandelt hätte.“

NAZI-AUFKLEBER UNWEIT DER GEDENKSTÄTTE AHLEM

Auf Antrag von Siegfried Seidel beschäftigt sich zurzeit der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt mit einer Resolution gegen Rechtsextremismus. Hintergrund sind Aufkleber der Nazigruppe „Besseres Hannover“, die in jüngster Zeit in Ahlem am Park+Ride-Platz Erhardtstraße und an den Fenstern der Justus-von-Liebig-Schule auftauchen. Der Parkplatz und die Schule grenzen direkt an die Gedenkstätte Ahlem, die an die nationalsozialistische Judenverfol-

gung erinnert.

Vereine sollen Flagge zeigen

Der linke Bezirksratsherr möchte mit seiner Resolution erreichen, dass sich die Vereine gegen Rassismus und Gewalt und für Toleranz und Demokratie aussprechen. Entsprechende Passagen sollen in die Satzungen einfließen. Das soll verhindern, dass Nazis in Vereinen Fuß fassen, was sie leider im-

mer wieder versuchen, und sich so weiter ausbreiten. Die SPD hat Beratungsbedarf angemeldet und den Antrag in die Fraktion gezogen, was immerhin bedeutet, dass er noch nicht abgelehnt ist. Siegfried Seidel vermutet, dass rechtsextreme Schüler, die die Berufsschule besuchen, für die Aufkleber verantwortlich sind.

KLAGESMARKT MUSS ALS FREIRAUM UND VERANSTALTUNGORT ERHALTEN BLEIBEN

Mit dem Konzept City 2020 plant die Stadt eine Bebauung des Klagesmarktes mit mehrstöckigen Wohn- und Geschäftshäusern. DIE LINKE im Rat spricht sich als einzige Fraktion dagegen aus.

Der Klagesmarkt wird von den Hannoveranern und Hannoveranern seit Jahrhunderten als Ort für Veranstaltungen und Demonstrationen genutzt. Insbesondere im 20. Jahrhundert haben dort immer wieder linke und demokratische Gruppen zuerst gegen den historischen Faschismus und dann gegen Neonazis demonstriert (siehe Kasten). „Wir wollen den Klagesmarkt des-

halb als Ort der ‚Geschichte von unten‘, aber auch als Platz für zukünftige Veranstaltungen und Demonstrationen erhalten“, unterstreicht Oliver Förste, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat. „Ich kann es auch überhaupt nicht verstehen, dass die Gewerkschaftsspitzen in Hannover sich damit einverstanden erklärt haben, in Zukunft auf den Klagesmarkt als Veranstaltungsort der traditionellen 1.-Mai-Kundgebungen zu verzichten. Schließlich liegt dieser Platz zentral zwischen den Zentralen der Einzelgewerkschaften und des DGB.“ Der Tramplatz vor dem Rathaus sei deshalb kein wirklicher Ersatz für den Klagesmarkt, auch würden dort längst nicht so viele Stände und Besucher hinpasse, so Förste.

Die geplante Bebauung des Klagesmarktes steht im Zusammenhang mit der zunehmenden Verdichtung der Innenstadt auch an anderen Orten. So hat die Stadt bereits beschlossen, den Andreas-Hermes-Platz hinter dem Bahnhof und den Steintorplatz zu bebauen. Wenn aber Steintor und Klagesmarkt zugebaut würden, dann gäbe es im ganzen nordwestlichen Teil der Innenstadt keine öffentlichen Plätze für Veranstaltungen mehr. Das gilt nicht nur für politische Versammlungen, sondern auch für den Marktschreier-Wettbewerb oder Sportereignisse wie das Beachvolleyball-Turnier. Auch städtebaulich hält Ratsherr Oliver Förste das Projekt nicht für sinnvoll. So würden mit der Bebauung die bemerkenswerte Sichtachse von der Goseriade bis zur Christuskirche und die bisherige Funktion des Klagesmarktes als Kaltluftschneise verloren gehen. „Wir wenden uns ganz entschieden gegen den Ausverkauf öffentlicher Plätze an private Investoren. Der öffentliche Raum gehört allen Bürgerinnen und Bürgern, und die Stadt braucht genügend Luft zum Atmen. DIE LINKE wird deshalb ein alternatives Konzept zur Verschönerung des Klagesmarktes bei Erhalt der Freifläche vorlegen.“



Nicht nur als Aufmarschgebiet interessant, sondern auch als vielfältiger Veranstaltungsort.

Historische Beispiele von Versammlungen auf dem Klagesmarkt

- Am 7.11.1917 veröffentlichen die November-Revolutionäre eine Proklamation des „Vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrates“ mit einer anschließenden Massenversammlung.
- Im Jahr 1920 gibt es eine große Massenkundgebung gegen den Kapp-Putsch.
- Am 31.1.1933 findet eine Kundgebung der KPD gegen die Nationalsozialisten statt.
- Am 4.2.1933 gibt es eine große Demonstration der SPD und der „Eisernen Front“ gegen den braunen Terror.
- Am 19.2.1933 demonstrieren 45.000 Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen die Nationalsozialisten unter dem Motto: „Zeigt der Reaktion, dass Hannover rot bleibt!“
- Am 1.4.1947 gibt es eine große Kundgebung der SPD gegen Hungerrationen unter dem Motto „Wir fordern Brot“.
- Am 31.3.1979 endet der sogenannte Gorleben-Treck mit 100.000 Atomkraftgegnern auf dem Klagesmarkt.
- Am 1.5.2009 demonstrieren über 40.000 Menschen auf dem „Fest der Demokratie“ gegen einen Naziaufmarsch.

Impressum

Herausgeberinnen:
Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Leinstr. 16, 30159 Hannover
Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76
www.linksfraktion-hannover.de
Email:
heidrun.tannenberg@hannover-rat.de

Fraktion DIE LINKE in der Regionsversammlung Hannover

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover
Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63
www.dielinke-regionsfraktion.de
Email:
kontakt@die-linke-regionsfraktion.de

Redaktion:

Daniel Josten, Michael Fleischmann
V.i.S.d.P.: Oliver Förste
Satz: Markus Hintze

ATOMKRAFTWERK GROHNDE – EIN MÖGLICHES FUKUSHIMA VOR HANNOVERS HAUSTÜR?



Dr. Michael Braedt

Gerade mal 42 km sind es vom AKW Grohnde in der Gemeinde Emmerthal (Landkreis Hameln) bis nach Hannover – zur Stadt Springe in der Region Hannover sogar nur knapp 30 km.

Nach der fürchterlichen – und leider noch lange andauernden – Reaktorkatastrophe von Fukushima machen sich immer mehr Menschen in der Region Hannover Gedanken, was passiert, wenn es vor ihrer Haustür „GAU-t“.

In Fukushima gibt es derzeit eine 20 km-Sperrzone, die Internationale Atomenergieagentur fordert eine Ausweitung auf 40 km.

1977: „Die Schlacht um Grohnde“

So titelte die Presse die bisher härtesten Auseinandersetzungen zwischen der Anti-AKW-Bewegung und der Polizei am 19. März 1977. Rund 20.000 DemonstrantInnen standen über 5.000 hochgerüstete Polizeikräfte entgegen, die mit äußerster Härte gegen den Versuch vorgingen, „den Bauplatz wieder zur Wiese“ umzuwandeln. Unter diesem Motto kämpften die Menschen 1975 erfolgreich gegen das geplante AKW Wyhl am Kaiserstuhl und im Ergebnis weniger erfolgreich seit 1976 gegen das AKW Brokdorf, das 10 Jahre später ans Netz ging. In Grohnde gelang es bei der Demonstration im März 1977

an einigen Stellen den Bauzaun an dem zur Festung umgebauten Bauplatz einzureißen. Der damalige Innenminister Groß (FDP) soll nach unbestätigten Informationen aus seinem Beraterumfeld damals sogar den Schusswaffengebrauch gegen die DemonstrantInnen erwogen haben. Mit massivem Einsatz von Reiter- und Hundestaffeln wurde schließlich die Platzbesetzung verhindert. Die Bilanz: Über hundert, teils schwer verletzte DemonstrantInnen und auch Einsatzkräfte der Polizei. Die Staatsanwaltschaft

leitete 126 Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch ein, fünf Demonstranten wurden zu Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr verurteilt.

Presse und niedersächsische Landesregierung machten als „Terrorzentrale“ das Unabhängige Jugendzentrum (UJZ) Kornstraße in Hannover aus, von dem angeblich die Proteste gegen das AKW Grohnde zentral gesteuert wurden.

Ein im Sommer 1977 auf dem vorgesehenen Kühlturmgelände errichtetes Hüttendorf in Grohnde wurde ebenfalls brutal Ende August 1977 von der Polizei geräumt.

Das AKW Grohnde

Das AKW ging 1986 ans Netz. Es handelt sich um einen 1.200 Megawatt Druckwasserreaktor, der etwas weniger störfallanfällig ist als Siedewasserreaktoren der Marke Fukushima. Auch wenn bei den deutschen Reaktoren wegen ihrer zahlreichen Störfälle insbesondere die Atommeiler in Bruns-



Protest gegen das AKW Grohnde am Ostermontag.

büttel, Krümmel und Biblis im Zentrum der Kritik standen, kam es auch im AKW Grohnde wegen Problemen im Reaktorbetrieb im Juli 2005 zu unplanmäßigen Sofortabschaltungen.

Das AKW Grohnde wird vom Betreiber e.on wegen höherer Energieausbeute mit sog. MOX-Brennelementen (Mischoxiden aus Uranoxid und Plutoniumoxid) betrieben, dem gefährlichsten Atombrennstoff, der auch in Fukushima zum Einsatz kam.

Was bedeutet ein Atomunfall in Grohnde für unsere Region?

Seit Fukushima ist auch Grohnde wieder im Gerede. Die Hannoversche Feuerwehr stellt fest, dass „eine Evakuierung der Menschen aus einer Zone um 25 km um das AKW in den – bisher geheim gehaltenen – Katastrophenplänen gar nicht vorgesehen ist“ (haz. 04.04.2011). An die Hannoveraner Bevölkerung sollen im Ernstfall Jodtabletten verteilt werden. Wo die rund 20.000 Menschen aus der unmittelbaren Umgebung von Grohnde dann untergebracht werden sollen, ist ebenfalls ungeklärt. Die Region Hannover hält sich bisher vornehm zurück und ist offensichtlich damit zufrieden, dass ein Regionsmitarbeiter zum möglichen Krisenstab des Landkreises Hameln gehören kann. Natürlich (??) wird ein Katastrophenplan nicht veröffentlicht. Aber Jodtabletten will man dann verteilen. Vorsorgender Katastrophenschutz sieht anders aus.

Damit es bei einer regionsüberschreitenden Katastrophe mit dem Katastrophenschutz so richtig (nicht!) klappt, gönnt sich die Region Hannover den Luxus, der Landeshauptstadt eine eigene Katastrophenschutzbehörde zu überlassen. Das ist Kirchturmspolitik par excellence zu Lasten der betroffenen BürgerInnen, die im konkreten Notfall wegen zusätzlicher Zuständigkeitsprobleme zwischen Stadt und Region die Gekniffenen wären.

Aber Fakt ist: Selbst die allerbesten Krisenpläne können bei einem Atomunfall nur sehr begrenzt wirken. Das einzige, was wirkt: **SOFORT Abschalten!**

Dr. Michael Braedt (1977 am Bauzaun in Grohnde – heute Regionsabgeordneter für DIE LINKE in der Region Hannover)